



## Antrag

der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD

### Finanzielle Situation der Schleswig-Holsteinischen Kommunen

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, in der 3. Tagung des Landtages einen mündlichen Bericht über die finanzielle Situation der Schleswig-Holsteinischen Kommunen abzugeben. Dabei sollen insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:
  1. Wie wirkt sich die November Steuerschätzung auf die finanzielle Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebene aus?
  2. Von welchen Mindereinnahmen der Kommunen geht die Landesregierung bei Verabschiedung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes im Zeitraum 2010 bis 2014 aus?
  3. Welche Folgen hätte eine Verabschiedung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes für die finanzielle Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebene?
  4. Hält die Landesregierung die pauschale Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs um jährlich 120 Mio. Euro angesichts der schwierigen finanziellen Situation der kommunalen Ebene weiterhin für gerechtfertigt?

5. Welche Maßnahmen sieht die Landesregierung zur Kompensation der pauschalen Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs um jährlich 120 Mio. Euro für die Jahre 2011 bis 2014 vor?
  6. Schließt die Landesregierung einen weiteren Eingriff in den Kommunalen Finanzausgleich entweder durch Kürzung der Verbundmasse oder Änderung des Verbundsatzes i.S. § 5 Abs. 1 Satz 1 FAG in der 17. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages aus?
  7. Welche Gemeinden, Städte und Kreise haben derzeit akute Probleme ihren Haushalt für 2010 genehmigungsfähig zu gestalten?
  8. Wird die Kommunalaufsicht des Landes bei der Genehmigung der Haushalte für 2010 die gesonderten Belastungen aus der Kofinanzierung von Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II berücksichtigen?
  9. Was plant die Landesregierung um die finanzielle Situation der Kommunen zu verbessern?
  10. Teilt die Landesregierung die Auffassung des Deutschen Städtetages, der mit Nachdruck jede gesetzgeberische Demontage oder gar Infragestellung der Gewerbesteuer ablehnt (Beschluss des Hauptausschusses vom 5.11.09) oder befürwortet die Landesregierung die Absicht aus dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP eine Kommission einzusetzen, die den Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz prüfen soll?
- II. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, in der 6. Tagung des Landtages einen schriftlichen Bericht über die finanzielle Situation der Schleswig-Holsteinischen Kommunen mit folgenden Inhalten abzugeben:
1. Stand der freien Finanzspielräume von Gemeinden, Städten und Kreisen, geordnet nach Gruppen (Haushaltsjahr 2009, Soll-Zahlen Haushaltsplanung)
    - Kreisangehörige Gemeinden bis 999 EW.,
    - Kreisangehörige Gemeinden von 1.000 bis 4.999 EW.,
    - Kreisangehörige Gemeinden von 5.000 bis 9.999 EW.,
    - Kreisangehörige Gemeinden über 10.000 EW,
    - Kreisangehörige Städte von 10.000 bis 19.999 EW,
    - Kreisangehörige Städte über 20.000 EW,

- Kreisfreie Städte,
  - Kreise.
2. Stand der negativen freien Finanzspielräume von Gemeinden, Städten und Kreisen, geordnet nach Gruppen (Haushaltsjahr 2009, Soll-Zahlen Haushaltsplanung)
- Kreisangehörige Gemeinden bis 999 EW.,
  - Kreisangehörige Gemeinden von 1.000 bis 4.999 EW.,
  - Kreisangehörige Gemeinden von 5.000 bis 9.999 EW.,
  - Kreisangehörige Gemeinden über 10.000 EW,
  - Kreisangehörige Städte von 10.000 bis 19.999 EW,
  - Kreisangehörige Städte über 20.000 EW,
  - Kreisfreie Städte,
  - Kreise.
3. Empfänger von Fehlbedarfszuweisungen i.S. § 16 FAG geordnet nach Gruppen (2009)
- Kreisangehörige Gemeinden bis 999 EW.,
  - Kreisangehörige Gemeinden von 1.000 bis 4.999 EW.,
  - Kreisangehörige Gemeinden von 5.000 bis 9.999 EW.,
  - Kreisangehörige Gemeinden über 10.000 EW,
  - Kreisangehörige Städte von 10.000 bis 19.999 EW,
  - Kreisangehörige Städte über 20.000 EW,
  - Kreisfreie Städte,
  - Kreise.
4. Einnahmen der Kommunen aus Finanzausgleich und Steuern in den Jahren 2005 bis 2009.
5. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände, geordnet nach Kreisen.
6. Schulden der kreisfreien Städte.
7. Schulden der Kreise.

Monika Heinold  
Ines Strehlau  
und Fraktion

Thomas Rother  
und Fraktion